

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Staatsminister Hubert Aiwanger

Abg. Christian Zwanziger

Abg. Alexander König

Abg. Manfred Eibl

Abg. Toni Schuberl

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Annette Karl

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Alexander Muthmann

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes (Drs. 18/5170)

- Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Ich eröffne zugleich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich erteile Herrn Staatsminister Hubert Aiwanger das Wort.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sorgsam mit der Heimat umgehen und trotzdem noch Wohnungsbau und Gewerbeansiedlung ermöglichen, diesen Zielkonflikt wollen wir lösen. Wir werden das hinbekommen, indem wir möglichst alle Akteure ins Boot holen, von der Wirtschaft über die Kommunen bis hin zu den Architekten, den Grundbesitzern und dem Umweltschutz. Ein sehr breites Spektrum gesellschaftlicher Akteure möchte hier seine Meinung einbringen.

Wir haben in unserem Koalitionsvertrag das Ziel festgezurr, den Flächenverbrauch in Bayern bis zum Jahr 2030 auf fünf Hektar pro Tag zu begrenzen. Derzeit liegen wir bei zehn Hektar an erstmals planerisch in Anspruch genommener Fläche, einschließlich der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Nur die Hälfte dieser zehn Hektar sind am Ende versiegelt. Auf den restlichen Flächen stehen PV-Anlagen, Golfplätze und Sportplätze. Es handelt sich um reine Grünflächen.

In den Neunzigerjahren hatten wir schon einmal einen Flächenverbrauch von knapp 30 Hektar pro Tag. Das bedeutet, die Flächeninanspruchnahme sinkt, obwohl die Bevölkerung deutlich gewachsen ist. In den letzten fünf Jahren hatten wir in Bayern eine Bevölkerungszunahme von einer halben Million Menschen. In dieser Zeit konnten wir 600.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse schaf-

fen. Mehr Menschen und mehr Arbeitsplätze bedeuten natürlich auch mehr Häuser, mehr Sportplätze, mehr Krankenhäuser, mehr Kindergärten, mehr Straßen usw. Wir müssen die Menschen auch künftig unterbringen und dürfen keine Wohnungsknappheit aufgrund einer falsch angesetzten Sparpolitik heraufbeschwören. Trotzdem wollen wir in Bayern möglichst viele Freiflächen für die Natur und die Landwirtschaft erhalten.

Sie wissen auch, dass wir in Bayern derzeit rund 12 % der Landesfläche als Siedlungs- und Verkehrsfläche ausweisen. Die Hälfte davon ist versiegelt. Schauen Sie sich diese 70.000 km² bayerische Landesfläche an: 12 % davon sind Verkehrs- und Siedlungseinrichtungen. Die Hälfte innerhalb dieser Verkehrs- und Siedlungsflächen ist aber immer noch grün. 6 % sind also definitiv wasserdicht versiegelt.

Jetzt ist unser Ziel, diese Zahl noch einmal zu halbieren. Da sind wir uns im Grunde mit vielen Akteuren, die auf der landespolitischen Arena unterwegs sind, einig. Wir sind uns nur über den Weg dorthin nicht einig. Vonseiten der GRÜNEN kommt, wie es über den ersten Versuch eines Volksbegehrens vorgezeichnet war, der Versuch, den Kommunen über einen wie auch immer zu findenden Schlüssel – Einwohnerzahl, Quadratkilometer, Gemeindefläche, wie auch immer – seitens der Münchner Staatsregierung eine Quadratmeterzahl pro Jahr zuzuweisen, innerhalb derer sie sich bewegen sollen.

Wir sagen: Das ist zu starr, das ist nicht praxistauglich. Wir müssen mit den Kommunen gemeinsam Wege entwickeln, wie wir mit Fläche noch sorgsamer umgehen, aber wir dürfen nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Eine überzogene Reglementierung von München aus würde dazu führen, dass Wohnraum eminent teurer werden würde, dass Arbeitsplatzansiedlung nicht mehr funktionieren würde und sich Grundstücksspekulanten und Wohnungsspekulanten freuen würden, weil plötzlich alles viel teurer wird. Die Mieter würden das beklagen, weil die Mietpreise steigen, und viele Unternehmer würden sich nicht mehr bei uns ansiedeln, sondern in Österreich oder in Tschechien. Wir sagen also ganz klar: Flächensparen ja, aber mit Vernunft und Augenmaß, nicht mit Ideologie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Richtig!)

Wir haben hierzu in einer Flächensparoffensive einen breiten gesellschaftlichen Konsens aufgesetzt, alle namhaften Akteure gehört und mit ihnen gesprochen. Wir glauben, einen vernünftigen, einen goldenen Mittelweg gefunden zu haben, der diese 5 Hektar als Ziel anstrebt, der aber vor allem über die Sensibilisierung der Akteure vorgeht und die kommunale Planungshoheit nicht einschränkt, sondern sagt: Liebe Kommunen, ihr seid weiterhin diejenigen, die vor Ort am besten wissen, ob noch Baugebiete ausgewiesen werden müssen oder nicht, aber wir schauen etwas genauer hin als in der Vergangenheit; wir erwarten hier einen standardisierten Bedarfsnachweis, dass wirklich erst Leerstand innerorts geprüft wird, Leerstandsmanagement betrieben wird – das wird finanziell gefördert – und erst dann, wenn es nicht anders geht, neue Fläche in Anspruch genommen wird.

Wir haben über das Bauministerium viele flankierende Maßnahmen auf den Weg gebracht: Indem künftig dichter und höher gebaut werden soll, indem wir Wohnraum innerorts bevorzugt auch mal mit größeren Wohneinheiten schaffen, nicht nur durch Einfamilienhäuser, sondern auch in ländlichen Regionen auch mal durch größere Wohneinheiten mit Singlewohnungen. Wir wollen den Dachgeschossausbau erleichtern, und viele Maßnahmen mehr. Wir wollen dorthin kommen, meine Damen und Herren, dass dieses Thema als Querschnittsthema für alle gesehen wird, dass die Landschaftsplaner, die Architekten und die Bürgermeister in ihren Kommunalparlamenten mehr über dieses Thema diskutieren. Deshalb machen wir eine Flächensparinformativveranstaltung. Wir sind schon in neun Regionen gewesen, haben dort mit den Bürgermeistern gesprochen und werden diese Gespräche fortführen, in denen wir die Leute mit Best-Practice-Beispielen dort abholen, wo sie sind, in denen wir ihnen sagen, wie es besser geht, und in denen wir ihnen nicht einfach eine Quadratmeterzahl vor die Füße werfen und sagen "Friss oder stirb", sondern die Realitäten dieses Landes anbieten und wieder abbilden.

Ich sage Ihnen ganz klar: Es ist auch konjunkturabhängig. Es ist abhängig davon, wie viele Menschen in Zukunft nach Bayern kommen, wie viele Hektar wir hinten raus benötigen. Wenn eine Wirtschaftskrise käme, wovor Gott uns bewahren möge und was eine gute Politik verhindern möge, dann erreichen wir diese 5 Hektar vielleicht schneller, als uns lieb ist, und wir würden wieder Unternehmen hinterherlaufen und "Willst du nicht bitte ansiedeln?" sagen. Genauso wäre es, wenn Bayern ein Land wäre, wo die Menschen wegziehen, weil es ihnen andersorts besser gefallen würde. Auch dann würde die Nachfrage nach neuem Wohnraum weniger werden. Gott sei Dank ist es andersherum. Gott sei Dank ist Bayern nach wie vor ein Land, das vor allem innerhalb Deutschlands an Attraktivität gewinnt, sodass Menschen aus vielen anderen Regionen zu uns kommen.

Meine Damen und Herren, wir wollen auch weiterhin nicht verbieten, dass Leute aus Metropolen wie München sagen, es gehört zu meinem Lebenstraum, ein Einfamilienhäuschen auf dem Land bauen zu dürfen und dort ein paar Kinder zur Welt zu bringen, die sich dann dort im grünen Garten aufhalten dürfen. – Wenn wir das alles verbieten würden und sagen würden, "Nein, wir wollen, dass ihr in den Städten bleibt und wir auf dem Land keine neuen Baugebiete mehr ausweisen", dann würden wir als Freistaat Bayern das Gesicht verlieren. Dann wären wir ein Land, das nicht mehr die Wünsche der Menschen umsetzt, sondern wären ein immer kälter werdender Staat, der vielleicht auf dem Papier irgendwelche Flächensparmodelle erfüllt, aber die Herzen der Bürger verliert. Das Land würde damit unattraktiver für die Menschen, und Sie würden Ihre Ziele vielleicht auch dadurch erreichen, dass Menschen aus Bayern wegziehen und keine neuen Häuser mehr bauen. Das wollen wir aber nicht. Wir wollen, dass die Menschen hierbleiben und dass Bayern weiterhin schön ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Im Zuge dieses Flächensparvorhabens, das wir wie gesagt bereits im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, gehen wir jetzt diesen Schritt in das Landesplanungsge-

setz. Wir wollen diese 5 Hektar als Richtgröße einführen, nicht als verbindliche Vorgabe. Wir wollen dieses Ziel anstreben und mit vielen flankierenden Maßnahmen über die Landesentwicklungsplanung zu diesem Ziel kommen. Ich sage Ihnen noch eines: Bayern ist hier Vorreiter. Kein anderes Bundesland, auch dort nicht oder gerade dort nicht, wo Rot oder Grün mitregieren, hat dieses Thema überhaupt auf der Agenda, geschweige denn irgendwo in der politischen Umsetzung.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Nennen Sie mir ein Land, in dem die Zahlen Bayerns erreicht werden trotz Zuwachses bei der Bevölkerung und trotz wachsender Wirtschaft! Dort, wo die Leute davonlaufen, ist es einfacher, ohne neue Baugebiete auszukommen. Nennen Sie mir ein Land, das hier mit festgeschriebenen Kontingenten vorgeht! Nicht mal die Oberbürgermeisterkandidatin der GRÜNEN für München will das. Sie wollen uns das Ding auf den Bauch binden. Sie können das Ding behalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD))

Damit glaube ich, dass diese Koalition auch bei diesem Thema wie auch bei vielen anderen Themen, die wir in letzter Zeit bearbeitet haben, einen vernünftigen, pragmatischen, bürgernahen Weg geht, der die Realität anerkennt, dass es nun einmal Menschen gibt, die noch Häuser bauen wollen. Wir wollen ihnen das nicht verbieten. Gott sei Dank gibt es noch Gemeinden, die Industrie ansiedeln wollen. Dann kommt aus gewissen Kreisen "Wir sind froh, wenn größere Industriebetriebe gar nicht bei uns angesiedelt werden; dann sparen wir uns die Flächen; dann erreichen wir leichter unsere Flächensparziele". – Meine Damen und Herren, ja, so kann man es auch machen, indem man sagt, bleibt woanders, kommt bitte nicht nach Bayern, nur damit bei uns nicht mehr gebaut werden muss. Das kann nicht unser Ziel sein.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

– Das kam aus der Ecke vom Bund Naturschutz. Das kann man auch ansprechen. Meine Damen und Herren, insofern sind wir diejenigen, die unsere Heimat mit Vernunft bewahren, aber nicht den Menschen als Feind dieser Heimat sehen, sondern den Menschen in diesem Land noch einen Platz einräumen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wenn wir diesen Zielkonflikt auf viele praktische Beispiele herunterarbeiten, dann kommen wir für die Leute draußen, die damit umgehen müssen, zu lösungsorientiertem Vorgehen, nicht zu einer vor die Füße gekippten Formel, wo ein Bürgermeister sagen muss, ich kann keinen Geh- und Radweg mehr bauen oder keine Freiflächen-PV mehr zulassen, und dergleichen mehr. Wir wollen weiterhin Wohnungen, aber auch Freiflächen-PV-Anlagen bauen. Auch das rechne ich Ihnen kurz vor: Wenn wir von 5 Hektar pro Tag sprechen, dann sind das über das Jahr gerechnet knapp 2.000 Hektar. Wir haben jetzt – da sind wir uns in diesem Haus überwiegend einig – in Berlin mehr Freiflächen-PV durchgesetzt und dort bei der letzten Ausschreibung 85 % der neuen Anlagen gewonnen.

Wie sehen die Größenordnungen aus? – Mittlerweile werden in etwa 500 bis 700 Hektar pro Jahr für Freiflächen-PV-Anlagen benötigt. Wir haben bereits ein Viertel oder mehr der zugestandenen Fläche allein für Freiflächen-PV-Anlagen verwendet. Wenn Sie einem Bürgermeister draußen vorschreiben, dass er nur noch 1.000 m² pro Jahr zubauen dürfe, dann wird dieser keine Freiflächen-PV-Anlagen mehr genehmigen, keinen Sportplatz und keinen Geh- und Radweg mehr bauen. Die Bürgermeister werden nur noch Gewerbegrund für Firmen mit hoher Rentabilität und hoher Gewerbesteuer bereitstellen. Vielleicht werden noch ein paar Häuser für Einheimische genehmigt, aber für Zugezogene wird kein Bauplatz mehr verfügbar sein. Wollen Sie das? – Ich will das nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Daher meine Bitte: Unterstützen Sie unsere Initiative Flächensparen mit Augenmaß. Wir legen hier vor. Bitte unterstützen Sie das Vorhaben. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Christian Zwanziger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatsminister! Warum führen wir die Debatte zum Flächenverbrauch überhaupt? – Weil wir nach wie vor viel zu sorglos mit einer wertvollen Ressource umgehen, weil wir, obwohl das freiwillige Bündnis für das Flächensparen älter ist als ein Jahrzehnt im Jahr 2018 weiterhin bei 10 Hektar pro Tag sind und weil wir Tag für Tag Fläche für Landwirtschaft, Natur und Erholung verlieren.

Damit Sie sich eine Fläche von täglich 10 Hektar einmal bildlich vorstellen können: Das entspricht, aufs Jahr gerechnet, der Größe meiner Heimatgemeinde Pommersfelden, in der ich aufgewachsen bin. Pro Jahr ist in Bayern einmal die Fläche von Pommersfelden weg, versiegelt und verloren für Landwirtschaft, Natur und Erholung.

(Zuruf von der CSU: Die Gemeinde verschwindet im schwarzen Loch! – Zuruf: Weil es ein schwarzes – – – Heiterkeit bei den GRÜNEN – Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie von Gewerbesteuer und vielem anderen sprechen, dann kommen Sie nach Pommersfelden. Dort steht ein Gewerbegebiet seit Mitte der 1990er-Jahre in Teilen leer. Was ist jetzt nach über zwanzig Jahren die Lösung?

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Sicher ein ökologisches Training!)

Ein Amazon-Lager, jetzt steht ein Amazon-Verteilzentrum zur Debatte. Ist das die Gewerbesteuer, sind das die Arbeitsplätze, die Sie sich vorstellen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zurück zum Gesetzentwurf: Ich begrüße die Begrenzung des Flächenverbrauchs im Koalitionsvertrag ausdrücklich. Diese finde ich gut. Ich verstehe nicht – das haben wir beim Flächenspargipfel auch schon nicht verstanden –, wie Sie einerseits sagen können, dass Sie auch 5 Hektar erreichen wollen – genauso wie in unserem Gesetzentwurf – und andererseits betonen, dass in Bayern nichts mehr vorangeht. Entweder meinen Sie die 5 Hektar nicht ernst, oder wir müssen uns sachlicher darüber unterhalten, wie wir die 5 Hektar erreichen können. Solche Pöbeleien bringen uns nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie setzen weiterhin auf ein zügelloses Wachstum. Wir wollen stattdessen die Lebensgrundlagen schützen. Der vorgelegte Gesetzentwurf ist ambitionslos, mutlos und – das ist zu befürchten – wirkungslos. Wenn Sie jetzt schon nicht dem Bund Naturschutz, dem LBV oder der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft zuhören, dann hören Sie doch wenigstens Ihren Expertinnen und Experten zu. Sie haben vorhin davon gesprochen, dass Sie ein breites Bündnis hätten. Ja, Sie haben viele Experten gehört. Was haben Ihnen diese Experten zu Ihrem Gesetzentwurf geschrieben? – Ich zitiere:

Nur eine verbindliche Regelung ist in der Lage, Abwägungsentscheidungen zugunsten flächensparender, zumeist aufwändigerer Lösungen wirksam zu beeinflussen. Solange das Flächensparen nur eine verbindliche Empfehlung bleibt, werden die meisten Akteure den [...] einfacheren und stärker flächenbeanspruchenden Weg wählen [...]. Verbindliche Regelungen schaffen dagegen transparente und insbesondere faire Voraussetzungen zur Entwicklung kreativer, innovativer, städtebaulicher und architektonischer Lösungen.

Diese Aussagen trifft nicht irgendjemand, sondern das ist die gemeinsame Stellungnahme der Raumakademien, Kammern und Verbände zur Ihrer Änderung des Landesplanungsgesetzes. Das sind die Experten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die schreiben Ihnen ins Buch, dass sie Verbindlichkeiten wollen. Damit wir dieser gemeinsamen Initiative ein Gesicht geben: Die Initiative wird getragen von der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Bayern, dem Bayerischen Landesverein für Heimatpflege, der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau, dem Bund Deutscher Architekten und vielen, vielen mehr. Sind das alles keine Experten? Wissen die nicht, wie es geht?

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Die sind schon etwas weg von dem Weg!)

Die schreiben es Ihnen rein und wollen Verbindlichkeit. Sie blenden diese Expertise völlig aus. Außerdem verweisen Sie darauf, dass Sie Instrumente zum Flächensparen liefern wollen. Auch das begrüße ich, auch wenn ich davon überzeugt bin, dass die Instrumente und Förderprogramme ihre Wirkung erst dann richtig entfalten würden, wenn wir einen verbindlichen Rahmen hätten, wie es die Experten fordern.

Wenn Sie den Hinweis auf die Instrumente ernst meinen, dann würden Sie beispielsweise die Forderung des Bayerischen Gemeindetags zur Innenentwicklung im Parlament verabschieden. Wir haben diese Forderung in einem Antrag eingebracht. Das ist die Forderung des Bayerischen Gemeindetags. Wir wollen den Gemeinden das Handwerkszeug geben. Die Regierungsfractionen haben das einfach abgelehnt. Solange Sie bei den Instrumenten nicht ernst machen, kann ich Sie nicht ernst nehmen. Sie verweigern den Kommunen damit das Handwerkszeug.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So bleibt für mich bei all der Prosa zum Flächensparen wenig Substanz übrig. Es bleibt die unverbindliche Freiwilligkeit, noch dazu ohne den landesweiten Richtwert auf

die Kommunen herunterzubrechen. Das haben Sie selbst gesagt. Wie soll eine Kommune, die sich ernsthaft an den bayernweiten Richtwert halten will, planen, wenn sie nicht weiß, was es heißt, sich daran zu halten? – Das konnten Sie immer noch nicht erklären. Sie konnten genau so wenig erklären, warum bei Ihren 5 Hektar Bayern blüht und bei unseren 5 Hektar Bayern ins Mittelalter zurückfallen würde. Sie haben nun wieder die Mär von den Fuß- und Radwegen ausgepackt. Ich weiß nicht, durch welches Bundesland Sie den ganzen Tag fahren. Wenn nun die Fuß- und die Radwege die Flächentreiber in Bayern sind, dann bin ich wohl nicht in Bayern unterwegs. Es gibt Verteilzentren, große Autobahnkreuze und vieles mehr.

(Zuruf eines Abgeordneten der CSU)

Ihr Gesetzentwurf mit einem landesweiten Richtwert und einer Freiwilligkeit ist ein ambitionsloses und blankes "Weiter so". Als tourismuspolitischer Sprecher sage ich: Sie riskieren ganz nebenbei wertvolles Kapital für den Freistaat. Sie sind ja auch für den Tourismus zuständig. Die Menschen kommen nämlich wegen der schönen und der gewachsenen Kulturlandschaft nach Bayern. All das riskieren Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen mein Appell an Sie: Springen Sie endlich über Ihren Schatten, schenken Sie der Fachwelt mehr Aufmerksamkeit, nehmen Sie Ihren Mut zusammen, beenden Sie den Unterbietungswettbewerb und schaffen Sie endlich verbindliche und verlässliche Regelungen. Helfen Sie mit, wertvolle Flächen für Landwirtschaft, Natur und Erholung zu erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Alexander König von der CSU-Fraktion.

Alexander König (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die CSU und die FREIEN WÄHLER haben sich vorgenommen, den Verbrauch bzw. den Gebrauch der

Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke zu reduzieren. Das ist ein ehrgeiziges Ziel in einem Land wie Bayern, das seit Jahren – Gott sei Dank – wirtschaftliches Wachstum und, wie der Herr Minister richtig ausgeführt hat, auch eine stark wachsende Bevölkerung aufzuweisen hat. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes soll ein neuer Grundsatz zur Vermeidung von Zersiedelung sowie zur Förderung des Flächensparens, eine bis zum Jahr 2030 anzustrebende Richtgröße von 5 Hektar pro Tag für die Inanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen in das Gesetz eingefügt werden.

Der Flächenverbrauch durch die Ansiedlung von Verkehrsflächen betrug im Jahr 2018 im Durchschnitt 10 Hektar, im Jahr 2017 waren es im Durchschnitt 11,7 Hektar pro Tag. Insgesamt wurden im Jahr 2018 3.645 Hektar Fläche verbraucht. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasste Ende 2018 in Bayern 851.243 Hektar. Das sind die benannten 12,1 % der bayerischen Landesfläche. Der Zuwachs dieses Verbrauchs von 3.645 Hektar entspricht 0,05 % der Landesfläche. Sie können das gerne nachrechnen.

Herr Kollege Zwanziger, Ihre Ausführungen haben wieder einmal deutlich gemacht, dass die GRÜNEN ein sachliches Thema immer wieder versuchen, emotional hochzuschießen. Sie versuchen immer wieder, das Thema von der sachlichen auf die emotionale Ebene zu holen, um damit Stimmung zu machen. Daher kommen dann auch unpassende Worte wie Flächenfraß statt Flächenverbrauch bzw. -gebrauch zustande. Der Begriff des Flächenfraßes, von dem die GRÜNEN sprechen, ist in diesem Zusammenhang genauso unangebracht wie der Gebrauch des Wortes Massentierhaltung für die Tierhaltung unserer Bauern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, rechnen Sie bitte mit: Angenommen wir würden den derzeitigen Flächenverbrauch von 10 Hektar pro Tag in den nächsten hundert Jahren fortsetzen – man muss in die Zukunft schauen –, dann ergäbe sich, mal hundert genommen, in hundert Jahren ein Verbrauch von 364.500 Hektar. Das würde 5,16 % unserer Lan-

desfläche entsprechen. Wenn sie diese 5,16 % zu den 12,1 % dazuzählen, dann hätten Sie bei einem weiter anhaltenden Flächenverbrauch von 10 Hektar pro Tag in hundert Jahren, also im Jahr 2118, einen Flächenverbrauch von 17,26 % der Landesfläche. Diese Fläche würde dann insgesamt von Siedlungs- und Verkehrsflächen gebraucht. 82,74 % der Landesfläche wären auch in hundert Jahren immer noch nicht Siedlungs- und Verkehrsfläche.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das können Sie hochrechnen. Das können Sie sogar noch dramatischer hochrechnen, wenn Sie es einmal für tausend Jahre hochrechnen. Das will ich Ihnen jetzt ersparen, bitte rechnen Sie selbst nach.

Wir hingegen wollen, das hat Herr Staatsminister deutlich gemacht, den Flächenverbrauch reduzieren. Wenn es gelingen sollte, den Verbrauch an Siedlungs- und Verkehrsflächen so, wie das die Staatsregierung anstrebt, zu halbieren, dann würden sich die von mir soeben genannten Zahlen halbieren. Die Zahlen machen deutlich, dass ein Gegensteuern Sinn macht, auch wenn unsere Wirtschaft hoffentlich weiter wächst. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist davon auszugehen, dass auch unsere Bevölkerung weiter wachsen wird. Kolleginnen und Kollegen, mehr Arbeitsplätze sind ohne einen zusätzlichen Verbrauch an Siedlungs- und Verkehrsflächen nicht machbar. Auch die wachsende Bevölkerung wird mehr Siedlungs- und Verkehrsfläche brauchen, das ist klar.

Meine Damen und Herren, auch Folgendes sei hier angesprochen: Ein Mehr an regenerativen Energieträgern bedeutet mehr Verkehrsfläche. Photovoltaikanlagen brauchen ebenso Flächen wie Kindergärten, Schulen, Universitäten, Wohnungen, Straßen, Radwege usw. Auch Sport- und Freizeiteinrichtungen, Grünanlagen, Golfplätze, Spielplätze, all das braucht Fläche und fließt in die Statistik ein, von der ich soeben gesprochen habe. Bei dem Verbrauch an Siedlungs- und Verkehrsflächen wird rund die Hälfte – das hat der Herr Staatsminister schon gesagt – der Flächen tatsächlich versiegelt.

Das entspricht 6 % der Landesfläche. Wenn Sie an die hundert Jahre denken, die ich Ihnen vorgerechnet habe, dann bedeutet das beim derzeitigen Verbrauch einen Zuwachs von mehr als 2,5 % oder, wenn es uns gelingt, den Verbrauch zu halbieren, dann würde das rund 1,3 % an versiegelter Landesfläche bedeuten. Das ist eine Größenordnung für hundert Jahre, die natürlich bedacht werden will und muss.

Mit der Einführung des neuen Grundsatzes Nummer 3 "Vermeidung von Zersiedelung; Flächen sparen" und der Einführung einer bis spätestens bis zum Jahr 2030 anzustrebenden Richtgröße von dann 5 Hektar pro Tag für die Inanspruchnahme von Fläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke und die entsprechenden Maßnahmen zur Unterstützung dieses Ziels will die Staatsregierung ein beachtliches Zeichen zur Reduzierung des Flächenverbrauchs in Bayern setzen. Hier gehen wir wieder einmal bundesweit voran.

Nachdem Herr Kollege Zwanziger hier von den sogenannten Experten gesprochen hat, dann sei der Vollständigkeit halber erwähnt, Herr Kollege Zwanziger, dass im Rahmen der Anhörung die Praktiker, nämlich der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Landkreistag, sich schon strikt gegen diese Richtgröße gewandt haben. Sie befürchten, dass ihr Handlungsspielraum, dass ihre Möglichkeiten im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung eingeengt werden könnten, wenn aus dem Richtwert eine verbindliche Zielgröße werden wird.

Das wird aber nicht der Fall sein. Diese Bedenken sind im Ergebnis nicht berechtigt. Die Staatsregierung hat sich in ihrem Gesetzentwurf nämlich dafür entschieden, eine Richtgröße als einen Grundsatz der Raumordnung einzufügen. Diese Richtgröße wird auch der Abwägung zugänglich sein, zumal Flächensparen im Einklang mit weiteren Zielen vorstattengehen muss wie beispielsweise mit dem Ziel der Wohnraumversorgung oder mit dem Ausbau erneuerbarer Energie. Wir gehen, genau wie die Staatsregierung, davon aus, dass der anzustrebende Richtwert von 5 Hektar pro Tag nur mit einem Bündel von Maßnahmen erreicht werden kann und der aktiven Mitwirkung aller Vorhabensträger auf allen Ebenen bedarf.

Wenn man sieht, meine Damen und Herren, und das ist jetzt eine wichtige Zahl, dass der größte Teil des aktuellen Flächenverbrauchs, nämlich 64 %, in Wohnflächen, in Industrie- und Gewerbeflächen, Grünflächen, Spielplätze und Stellplätze geht und nicht in den Verkehrsbereich, dann wird ganz klar, dass eine Reduzierung dieses Flächenverbrauchs ohne aktive Mitwirkung der kommunalen Ebene im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung überhaupt nicht machbar sein wird.

Die Staatsregierung hat Maßnahmenbündel zum Flächensparen vorgelegt, das hat der Herr Staatsminister angesprochen. Der Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags hat vor Kurzem eine Anhörung beschlossen, die das Ziel hat, ganz ergebnisoffen zu ergründen, welche Maßnahmen geeignet sind, das Ziel des Flächensparens voranzubringen.

Der vorliegende Gesetzentwurf geht in die Beratungen in den Ausschüssen. Wir, Kolleginnen und Kollegen, sollten miteinander konstruktiv und vor allem, Herr Kollege Zwanziger, ergebnisoffen diesen Gesetzentwurf diskutieren. Darüber hinaus sollten wir nicht zuletzt auch die Erkenntnisse, die wir durch die beschlossene Anhörung im Wirtschaftsausschuss gewinnen werden, in unsere weiteren Überlegungen einfließen lassen, damit wir bei dem Ziel, den Flächenverbrauch zu reduzieren, vorankommen können. Kolleginnen und Kollegen, Bayern geht voran, auch beim Flächensparen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Manfred Eibl von den FREIEN WÄHLERN.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Bayerische Landesplanungsgesetz wird in Ausübung der Abweichungsbefugnisse vom Bundesrecht novelliert. So kommen wir zu zentralen Maßnahmen, unter anderem zu der materiellen Präklusionsvorschrift für das Beteiligungsverfahren bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen im Rahmen des Bayerischen Landesplanungsgesetzes. Wie gerade ausgeführt, gilt aber auch der Grundsatzkatalog, und das be-

deutet hier insbesondere die Vermeidung von Zersiedelung und das Flächensparen bis hin zur Aufnahme der Richtgröße von 5 Hektar Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen am Tag.

Ich sage es hier noch einmal ganz, ganz deutlich: Eine verbindliche Obergrenze lehnen wir von den FREIEN WÄHLERN strikt ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir alle haben das Ziel, mit den vorhandenen Flächen sorgsam umzugehen. Zur Klarstellung möchte ich noch einmal darauf hinweisen, weshalb wir immer wieder von den 5 Hektar sprechen, die nun als Richtgröße verankert werden sollen. Grundlage hierfür war die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung aus dem Jahr 2002. Damals hat sich Deutschland zu einer Obergrenze von 30 Hektar pro Tag verpflichtet. Wenn wir aber genau betrachten, von welchen Maßnahmen wir beim Flächenverbrauch überhaupt sprechen, dann stellt sich heraus: Wir sprechen vom Siedlungsbau, vom Wohnungsbau. Wird denn nicht von allen gefordert, Wohnungen zu errichten, weil wir Wohnungsknappheit haben? – Wir sprechen von Industrie und Gewerbe, wir sprechen von Handel und Dienstleistung, und wir sprechen von Photovoltaikanlagen. Wir sprechen auch von den notwendigen Verkehrswegen, die wir alle benötigen und brauchen: Straßen, Wege, Bahnverkehr, Radverkehr, Flugverkehr und Schifffahrt. Alles das ist hier enthalten. Wir sprechen aber auch von Flächen, und das möchte ich in der Öffentlichkeit einmal ganz klar sagen, die wir für Sport, Freizeitanlagen, Erholung, Grünanlagen bis hin zu den Friedhöfen brauchen. Aber wissen Sie, womit ich ein Problem habe? – Mit Äußerungen wie beispielsweise Betonflut, Zubetonierung der Landschaft, Flächenfraß. – Sie dienen dem Ziel, das wir doch alle verfolgen, in keinsten Art und Weise.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Das ist Stimmungsmache!)

Stellen wir das Ganze doch einmal ins Verhältnis: 12,1 % der bayerischen Landesfläche, die eine Größe von 70.000 Quadratkilometern hat, sind aktuell Siedlungs- und Verkehrsflächen. Was ist die Relation, Herr Kollege Zwanziger? Wissen Sie, wo Baden-Württemberg liegt? – Bei 15 %!

(Christian Zwanziger (GRÜNE): Ich bin Geograf!)

Bayern hat den niedrigsten Anteil an Siedlungs- und Verkehrsflächen aller westdeutschen Bundesländer. Darauf weise ich hier noch einmal hin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Schauen wir uns auch das Verhältnis an, wie sich diese verbrauchte Fläche zusammensetzt. Wir reden vom Wohnen, das 3,1 % in Anspruch nimmt. Industrie und Gewerbe, die doch so stark angeprangert werden, nehmen nur 0,7 % der Fläche ein. Handel und Dienstleistung brauchen 0,3 %, der Verkehr 4,7 %. Ich bitte deshalb, mit konkreten und ehrlichen Zahlen zu argumentieren und nicht immer die Fusseln und Fasseln vorzutragen, die Sie hier bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, Bayern ist attraktiv und es wächst.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wie von unserem Herrn Staatsminister ausgeführt, hat Bayern in den letzten fünf Jahren 500.000 Einwohner und 600.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mehr bekommen. Das Besondere ist dabei: Die Hälfte davon ist in ländlichen Regionen entstanden. Das trägt zur Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in unserem Land bei. Das ist ein entscheidender Faktor, den man nicht konterkarieren sollte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Unbestritten: Die Notwendigkeit, den Flächenverbrauch zu senken, ist gegeben; er ist dauerhaft zu verringern. Doch wir setzen hier auf den Konsens mit unseren Bürgern, mit den Kommunen und mit der Wirtschaft. Wir benötigen zukunftsweisende Lösungen und Maßnahmen, aber keine Verbote, damit die Bedarfe der Menschen auch in Zukunft erfüllt und gedeckt werden können.

Wenn Sie schon von Flächenzuweisungen und Kontingentierung sprechen, dürfen wir nicht vergessen: Wir haben differenzierte Gemeindegrößen; wir haben differenzierte Besiedlungsdichten; wir haben verschiedene Einwohnerentwicklungen; wir haben Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur. Die künftige Mobilität ist entscheidend, die Infrastruktur, alle Maßnahmen in Wissenschaft, Bildung, Gesundheit und Betreuung, all das ist zu entwickeln. Wie wollen Sie hier Kontingente vergeben? Ich frage mich das wirklich!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege Eibl, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Ja, gut.

(Heiterkeit)

Jetzt wäre ich eigentlich erst richtig drin.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Sie können trotzdem am Rednerpult bleiben. Der Kollege Schuberl hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Gerne. Dann habe ich noch Zeit.

Toni Schuberl (GRÜNE): Du darfst noch eine Minute reden. Herr Kollege, ich bin aus dem Bayerischen Wald wie du auch, und da gibt es einige Beispiele. Ich nenne Tittling; dort sind am Ortsrand vier Supermärkte, alle einstöckig, mit riesigen Parkplätzen. Ich habe dort mal nachgefragt, weil der Klärwärter gesagt hat, sie hätten dort ein Pro-

blem mit so viel Fremdwassereintrag, weil so viel über die Parkplätze kommt. Ich habe gefragt, warum die Gemeinde keine Tiefgaragen vorschreibt, im Erdgeschoss ein Supermarkt, darüber Büros und vielleicht sogar – je nachdem, wie es städtebaulich passt – darüber Wohnungen. Dann würde man die Hälfte der Fläche brauchen, hätte aber dreimal so viel Nutzung. Man hat mir gesagt, das könnte man nicht machen, weil die Supermärkte sonst in einen anderen Ort abwandern würden.

Das ist das Problem mit der Freiwilligkeit. Wo bitte bekommen wir ein Problem mit zu wenigen Wohnungen, wo bekommen wir ein Problem mit zu wenigen Betrieben, wenn klug gebaut wird, wenn flächensparend gebaut wird, wenn man den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ein Werkzeug in die Hand gibt,

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Schuberl, auch Ihre Redezeit ist zu Ende.

Toni Schuberl (GRÜNE): damit sie die Konkurrenz nicht fürchten müssen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Genau das ist der entscheidende Faktor. Darum haben wir einen umfassenden Maßnahmenkatalog kreiert, darum gibt es in Zukunft in jedem Regierungsbezirk Flächensparmanager, die die Kommunen von Haus aus begleiten. Dahingehend werden die Maßnahmen eingeleitet.

Ich sage Ihnen mal eines: Man darf nicht immer mit dem Finger auf den anderen zeigen. Nicht jede Wählerin oder jeder Wähler der GRÜNEN wird die Ideologie mittragen, die Sie hier im Landtag vertreten. Das sage ich Ihnen an dieser Stelle.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus! Wenn wir über dieses Thema Flächenfraß reden bzw. diesen Gesetzentwurf der Regierung, müssen wir auch einmal die Ursachen benennen, warum es in Ballungsräumen überhaupt so weit gekommen ist.

Zum einen ist es ganz wichtig, dass Wohnen und Gewerbe Entwicklungsflächen haben. Das sind die Blutadern der Wirtschaft; ohne Gewerbe können wir alles andere, was wir finanzieren wollen, vergessen.

Aber vor allem hat die Nullzinspolitik zu einer Explosion der Baupreise in den Ballungsräumen geführt. Das macht die bauliche Entwicklung für Wohnraum immer schwieriger.

Nicht zuletzt ist ein starker Druck auf die Sozialwohnungen durch die unkontrollierte Zuwanderung entstanden. Aber das Allerschlimmste für die Flächenentwicklung bzw. die Forderung, Flächen einzusparen, ist die falsche Infrastrukturpolitik. Wir müssen dringend entzerren. Ich habe schon in einer anderen Rede einmal erwähnt: Unter Franz Josef Strauß wurde in Regensburg und in Niederbayern durch BMW eine Infrastruktur aufgebaut. Die Menschen arbeiten dort, wo sie auch wohnen.

Nun zur LPG-Änderung. Das 5-Hektar-Ziel, diese Richtgröße bis 2030, lehnen wir ab, weil es zu starr ist. Wir meinen, dass Pragmatismus hier vor Ideologie geht. Der Antrag der GRÜNEN von vor ein paar Monaten war aus unserer Sicht planwirtschaftlich begründet. Wir wollen den Wettstreit der Kommunen. Es kann keinesfalls sein, dass – wie bei den GRÜNEN anvisiert – die wirtschaftlich Prosperierenden, weil sie starke Unternehmen, Bürgermeister und Gemeinderäte haben, dafür bestraft werden, dass sie ihre Gemeinde zum Wohle der Bürger entwickelt haben.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen die Individualität der Entscheidung in den Gemeinden erhalten. Im Übrigen sind wir als AfD-Fraktion der Meinung, dass erst die Maßnahmen für die Nachverdichtung auf den Tisch kommen müssen, die angekündigt sind.

Wir wollen höher bauen. In den Haushaltsberatungen ist schon einmal angeklungen, dass 1,1 Millionen Wohnungen entstehen könnten. Dazu müsste man natürlich das Baurecht, das Abstandsflächenrecht, ändern. Wir wollen in Gewerbegebieten Wohnungen, Betriebswohnungen, zulassen, dort den Bau fördern und auch den Sachbezug für Betriebsangehörige wie in Österreich hier deutlich günstiger machen, um das alles stimmig zu gestalten.

Wir wollen den Dachgeschossausbau genehmigungsfrei und nur anzeigepflichtig machen. Auch Dachfenstereinbauten und Dachgauben geringerer Größe wollen wir zulässig machen.

Wir möchten aber auch versuchen, das Bundesbaugesetz dahingehend zu ändern, dass in Bebauungsplänen Mindestbaugrößen vorgeschrieben werden können. Gerade im ländlichen Raum kann oft nicht so hoch gebaut werden, um Wohnraum zu schaffen, weil in den Gemeinden oft eine Neidsituation vorherrscht. Letztendlich bauen die, die Geld in die Hand nehmen.

Wir wollen die steuerliche Förderung der Wiederherstellung brachliegender Gebäude, die es in den Neunzigerjahren schon einmal gegeben hat, wieder einführen. Wir tragen die Klarstellung gegenüber dem Raumordnungsgesetz mit. Als langjähriger Kommunalpolitiker sehe ich diese LPG-Änderung ähnlich wie der Städte- und der Gemeindetag, dass man den Flächenverbrauch nicht durch Quoten festlegt. Auch ein starres Ziel ist aus unserer Sicht, wie ich vorher schon erwähnt habe, nicht wünschenswert. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Annette Karl von der SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren, immer wenn ich unseren Herrn Wirtschaftsminister reden höre, fällt mir der schöne Satz ein: Nageln Sie mal einen Pudding an die Wand! – Maximal unverbindlich, maximal schwammig.

(Beifall bei der SPD)

Dabei sind wir uns im Ziel, nämlich weniger Fläche zu versiegeln, durchaus alle einig. Dieses Projekt steht aber in großen Spannungsfeldern: zum einen, wie wir das mit Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum zusammenbringen, und zum anderen, wie wir es schaffen, die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Stadt und Land zu erhalten. Ich sage ausdrücklich "gleichwertig", nicht "gleich", weil wir auch beim Thema Flächensparen in Stadt und Land durchaus unterschiedliche Herausforderungen haben. Wir haben auf dem Land viel mehr Natur und mehr Platz für den Einzelnen. Das möchten wir auch so haben; dafür haben wir zum Beispiel auch deutlich weniger ÖPNV.

(Inge Aures (SPD): Genau!)

Wir haben andererseits aber immer mehr Orte, die wie Donuts ausschauen: In der Mitte ist Leerstand, und außen tummeln sich die Baugebiete und die Gewerbegebiete. Auch das muss sich ändern.

(Beifall bei der SPD)

In den Städten müssten wir, um Fläche zu sparen, auch mal so ehrlich sein und bei dem hohen Bedarf an Wohnungen anerkennen, dass wir in die Höhe und verdichtet bauen müssen. Da ist dann aber auch schnell Schluss mit dem Spaß; das sieht man an unserem Kultusminister Piazzolo. Also, wie machen wir es denn nun mit dem Flächensparen?

Der Gesetzentwurf ist sicherlich ein erster Schritt. Mit der Richtgröße von 5 Hektar pro Tag gibt er nur das Bundesziel weiter. Es ist ein hehres Ziel, es ist schnell formuliert, Papier ist sicherlich geduldig. Aber den einzelnen Regionen wird noch nicht mal ein Anhaltspunkt gegeben, in welchem Rahmen man in der Region mit dem Intensivieren des Flächensparens anfangen muss. Es gibt keine Richtgröße, es steht sogar ausdrücklich in der Begründung: Wir brechen das nicht auf die unteren Ebenen runter.

(Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

Was soll jetzt also der geneigte Bürgermeister tun? Soll er sagen: Na ja, ich mache jetzt kein neues Gewerbegebiet, wenn die Firmen kommen, ich baue kein neues Baugebiet, wenn die Kinder wieder nach Hause wollen, weil ich ja Flächen sparen soll. Das wird er nicht machen, sondern er wird sagen: Wir haben nur ein Ziel für ganz Bayern; der Nachbarbürgermeister wird schon sparen. Ich mache einfach so weiter wie immer.

Deshalb fordern wir, die Richtgrößen mindestens auf die Ebene der Landkreise runterzuberechnen. Dann weiß man nämlich, worauf was man zuarbeitet. Eine Richtgröße hat nur Sinn, wenn man sich danach richten kann, sonst ist sie noch nicht einmal das Papier wert, auf dem sie geschrieben steht.

Was brauchen wir zusätzlich? – In aller Kürze: Erstens. Wir brauchen eine Verordnung, die eben genau beschreibt, was fünf Hektar in Bayern für die einzelnen Regionen bedeuten; und das bitte mit einer transparenten Begründung, warum man das genau so verteilt.

Zweitens braucht Freiwilligkeit – und ich bin ein großer Freund von Freiwilligkeit – Unterstützung. Unterstützung heißt zunächst einmal ein Sonderprogramm im Nachtragshaushalt für den Aufkauf von leerstehenden Häusern und deren Renovierung. Außerdem braucht es auch noch eine funktionierende Raumordnung auf allen Ebenen. Das hatten wir schon mal.

Drittens brauchen wir ganz schnell eine Änderung rechtlicher Grundlagen: eine Stärkung des Vorkaufsrechts, die Grundsteuer C und eine Begrenzung von Logistikzentren.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Annette Karl (SPD): Man kann nicht als Städter 100.000 Packerl pro Tag bestellen und dann sagen: Die Logistikzentren dafür hätten wir aber gerne auf dem Land.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Alexander Muthmann für die FDP-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu zwei weiteren Aspekten und Themen nur ganz kurz: Zunächst halten wir es für richtig, dass wir mit dem jetzt vorgelegten Entwurf ein Vollgesetz auf bayerischer Ebene bekommen. Im Interesse der Klarheit und auch der Anwendbarkeit ist es richtig, das alles aus einem Guss zu bekommen.

Punkt zwei: Wir bekommen auch Anpassungen an Artikel 32 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes, der die Vorlage des Raumordnungsberichtes behandelt. Dieser Raumordnungsbericht muss auch reformiert werden. Er wurde immer wieder zu spät vorgelegt. So, wie er angelegt war, hatte er mehr Autoren als Leser und muss deswegen auch überarbeitet werden. Wir empfehlen an dieser Stelle auch eine Ergänzung. Ich darf einen entsprechenden Ergänzungsantrag ankündigen, dass wir ergänzend zu diesem Raumordnungsbericht auch einen Gleichwertigkeitsbericht haben wollen. Wenn das Landesplanungsgesetz schon als die Grundlage und das Herzstück des Themas gleichwertige Lebensbedingungen verstanden werden darf und muss, dann soll die Staatsregierung in diesem Rahmen eben auch über die Fortschritte beim

Thema gleichwertige Lebensbedingungen berichten müssen. Das ist ein Anliegen, und ich bitte, das auch im Ausschuss weiter und näher zu beraten.

Jetzt nur noch ganz kurz zu dem zentralen Thema des Flächensparens. Schon der Begriff an sich ist ja falsch. Flächen sparen können wir nicht. Wir begrüßen, dass Orientierung gegeben werden soll, anstatt Fesseln anzulegen. Wir begrüßen auch, dass mit diesem vorgelegten Entwurf das Flächensparen unterstützt werden soll, statt Entwicklung zu verbieten, und dass Sie den Städten und Gemeinden Freiheiten lassen, statt ihnen Entwicklungschancen zu rauben.

Aber wir müssen uns auch bewusst machen, wofür es im Einzelnen geht. Das hat auch schon Kollege Eibl anhand diverser Beispiele gemacht. Begriffe wie Schulen, Kindergärten, Fahrradwege, Park-and-Ride-Plätze, Kläranlagen, Feuerwehrhäuser und viele andere mehr müssen uns deutlich machen, dass es um wichtige Entwicklungen geht und dass solche Inanspruchnahmen von Flächen nur sehr selten mit Versiegelung und schon gar nichts mit Betonflut zu tun haben.

(Beifall bei der FDP)

Allerdings regen wir für die weiteren Beratungen auch an, noch mal über den Wert und die Wirkung des jetzt vorgelegten Entwurfs nachzudenken. Zu überlegen, ob dieser Richtwert und wie der Richtwert bei den Planungsträgern überhaupt ankommt. Wir haben 2.056 Gemeinden. Wir haben eine Vielzahl an staatlichen Fachplanungsträgern, und wir haben auch privat Planende, die vor allem im Außenbereich ohne die Gestaltung von Kommunen und Fachplanungsträgern Fläche in Anspruch nehmen.

Was bedeutet denn jetzt dieser vorgelegte Entwurf für all diese Planungsträger? – Ein Verstoß dagegen ist kaum monierbar. Er ist zuletzt auch kein wirksames Steuerungsinstrument über das hinaus, was wir gesetzlich schon haben. Ich darf nur noch einmal auf § 1a des Baugesetzbuches hinweisen: In Absatz 2 steht schon, dass mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden muss.

Wir fürchten, dass es viel mehr auch an dieser Stelle nicht ist, weil wir den Fachplanungsträgern nicht sagen können, was dieses Fünf-Hektar-Ziel für die einzelne Gemeinde genau bedeutet.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Alexander Muthmann (FDP): Mehr dazu im Ausschuss, herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen.